

Zukunft Bonn

Überlegungen zur Entwicklung der Bundesstadt Bonn

Bonn, im Juni 2012

Überlegungen zur Entwicklung der Bundesstadt Bonn

I. Bonn ist stark!

Bonn ist eine der ältesten Städte Deutschlands. Zu ihrer 2000jährigen Geschichte gehören Königskrönungen in der Landeshauptstadt Bonn, eine lange Tradition als Residenzstadt und Finanzhochburg und die Entstehung des Grundgesetzes in der Bundeshauptstadt Bonn. In den fünf Jahrzehnten der „Bonner Republik“ wurde die erste stabile deutsche Demokratie geschaffen, die Folgen der Nazi-Diktatur bewältigt, Deutschland in den Westen integriert und mit dem Osten versöhnt. Die 1994 durch das Berlin/Bonn-Gesetz geregelte Rolle als Bundesstadt hat zu einem Strukturwandel geführt; sein besonderes Kennzeichen sind die folgenden, miteinander verzahnten Standortfaktoren.

Der Deutsche Bundestag hat am 20. Juni 1991 beschlossen, die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland von zwei politischen Zentren aus zu gestalten und eine dauerhafte Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt und der Bundesstadt zu sichern. Als Bundesstadt beheimatet Bonn das Bundesministerium der Verteidigung sowie die Bundesministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, für Gesundheit und für Bildung und Forschung. Die Ministerien mit erstem Dienstsitz in Berlin haben in Bonn einen Zweitsitz. Mit dem Bundespräsidenten und dem Bundesrat haben zwei weitere Verfassungsorgane einen zweiten Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn. Über 60 Bundesoberbehörden, Bundesbehörden, Einrichtungen und Institutionen des Bundes sind ebenfalls in Bonn als dem zentralen Standort politiknaher Verwaltung des Bundes angesiedelt. Die als Bundesstadt übernommenen Aufgaben bilden gleichzeitig die Voraussetzung für die Übernahme von gesamtstaatlichen Aufgaben als internationale Stadt.

Als internationale Stadt und deutsche Stadt der Vereinten Nationen mit Sitz von 18 UNO-Sekretariaten gestaltet Bonn den konstruktiven Dialog zu einer weltweit nachhaltigen Entwicklung auf nationaler, internationaler und supranationaler Ebene. Das gemeinsame Motto heißt "UNO in Bonn - für nachhaltige Entwicklung weltweit". Ob Klima, Wüste, Wasser, Boden, Artenschutz oder Frühwarnung - Bonn ist deutsches Kompetenzzentrum für Umwelt und Entwicklung. Dieses Synergiefeld der Nachhaltigkeit wird aufgewertet durch vielfältige international tätige Partner aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Kultur und ca. 150 nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, die von Bonn aus weltweit agieren. Als deutscher Standort für internationale Beziehungen ist Bonn auch Sitz der neuen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland (GIZ). Bonn als UNO-Stadt ist eine Stadt, in der die Teilhabe möglichst aller Menschen zu ihrem Selbstverständnis gehört und in der künftig die UNO-Konvention "Inklusion" gelebt werden kann. Die Vision "Bonn inklusiv" bedeutet, dass hier jeder Mensch willkommen ist, unabhängig von Geschlecht, mit oder ohne Handicap, mit oder ohne Migrationshintergrund. Bonn betrachtet Vielfalt als Gewinn für die ganze Stadtgesellschaft.

Bonn beheimatet zahlreiche europäische Forschungs- und Bildungseinrichtungen, Vereine, Ländergesellschaften sowie Sprach- und Kultureinrichtungen, die sich mit der politischen, rechtlichen,

kulturellen und wirtschaftlichen Integration Europas befassen. Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland ist ebenfalls mit einem Büro in Bonn präsent.

Als Konferenzort konnte Bonn seine Kompetenz und Erfahrung vielfach unter Beweis stellen. Beispielsweise können genannt werden: UNO-Vertragsstaatenkonferenzen wie die Klimagipfel 1999 und 2001, die Afghanistangespräche auf dem Petersberg bei Bonn 2001 und 2002 sowie die international als „Bonn-Konferenz“ bezeichnete Afghanistan-Konferenz 2011, die Internationale Süßwasserkonferenz 2001, die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien 2004, die Internationale Frühwarnkonferenz 2006, die Vertragsstaatenkonferenz zur biologischen Vielfalt 2008 sowie in 2011 die UN-DPI-NGO-Konferenz und das alljährlich stattfindende Global Media Forum der Deutschen Welle mit mehr als 1500 Journalistinnen und Journalisten aus aller Welt. Das Bonner Thema ist „Nachhaltigkeit“ - und diesen Schwerpunkt lebt die Bundesstadt Bonn auch selbst. Sie ist dem Städtenetzwerk ICLEI und dem Klima-Bündnis der Städte beigetreten; der Bonner Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch ist stellvertretender Vorsitzender des Weltbürgermeisterrats zum Klimawandel (WMCCC). Dank gewachsener Kompetenz und funktionierender Vernetzung konnte Bonn schon mehrfach gemeinsam mit anderen Akteuren im Vorfeld internationaler Konferenzen zu kommunalen Vorkonferenzen einladen und damit diese inhaltlich mitgestalten. Die in Bonn durchgeführten Konferenzen profitieren nach Ansicht zahlreicher Repräsentanten der Vereinten Nationen von dem internationalen und auf Konsens ausgerichteten „Bonn spirit“.

Eingebettet in ein europäisches Wissenschaftsfeld ersten Ranges beheimatet die Region Bonn nach starker Expansion in den letzten zehn Jahren - neben der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität und der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg - zahlreiche Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen von internationaler Bedeutung. Bonn ist Sitz der führenden deutschen Mittler- und Förderorganisationen der Wissenschaft, in denen Entscheidungen von großer Tragweite für die deutsche und internationale Forschungslandschaft vorbereitet und gefällt werden. Zwischen UNO und internationalen Organisationen und Forschungseinrichtungen haben sich wichtige Kooperationen entwickelt, die es weiter zu gestalten gilt. Verschiedene Schwerpunktbereiche konnten sich etablieren (z.B. auf den Gebieten Risikomanagement, Informationstechnologie und Gesundheitsforschung). Auf diese Weise sind Strukturen entstanden, die wichtige Alleinstellungsmerkmale der Region definieren.

Der Ausbau des Wirtschaftsstandortes ist in den vergangenen Jahren mit großer Dynamik vorangeschritten; die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Gewerbeeröffnungen steigt kontinuierlich. Angetrieben wird dieser Prozess insbesondere von Weltunternehmen in den Zukunftsbranchen Telekommunikation und Logistik, weltweit tätigen Industrieunternehmen und fast 16.000 mittelständischen Unternehmen. Bonn belegt in der Börsenliga Platz 4. Aus der engen Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft sind zukunftsweisende Technologiefelder, beispielsweise in der Informations- und Kommunikationswirtschaft oder dem Gesundheitssektor, hervorgegangen.

Als Kulturstandort und Geburtsstadt Ludwig van Beethovens widmet sich Bonn mit dem Beethoven-Orchester, dem jährlichen Beethovenfest und dem Beethoven-Haus in besonderer Weise dem Erbe des größten Sohnes der Stadt und ihrer Weiterentwicklung als „Beethovenstadt“. Das Theater Bonn, attraktive Museen, besonders die „Museumsmeile“, eine vielfältige freie Kulturszene und nicht zuletzt die zahlreichen Angebote und Veranstaltungen aus Kultur, Sport und Freizeit tragen dazu bei, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste in Bonn besonders wohl fühlen.

Die Gesamtentwicklung der Stadt Bonn bezieht räumliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Aspekte mit ein. Dazu zählen beispielsweise die Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens in den kommunalen Planungsprozessen, der Umgang mit dem demographischen Wandel sowie Aspekten der Globalisierung, die klimagerechte Stadtentwicklung sowie die Etablierung einer breiten Beteiligungskultur in Planungs- und Entscheidungsprozessen. Zusammen mit den vorhandenen Think-Tanks in Bereichen des Klimaschutzes und den eigenen Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigkeit, hat sich Bonn bereits einen guten Ruf als „Stadt der Nachhaltigkeit“ erarbeitet.

II. Bonn bleibt stark!

Bonn wird seine großen Entwicklungspotenziale auch zukünftig nutzen und den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld bieten, in dem sie sich wohlfühlen können. In diesen Prozess werden bekannte und neue Partner einbezogen. So muss beispielsweise die zukünftige Ausrichtung der Struktur in den beiden politischen Zentren Berlin und Bonn für die nächsten Dekaden in einem ausführlichen Diskussionsprozess gemeinsam mit allen Beteiligten entwickelt und mit einer vertraglichen Regelung zwischen der Bundesregierung, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Region zum Verständnis des Berlin/Bonn-Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden. Schließlich wird die Bundesstadt Bonn auch künftig der Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland und des Landes NRW bedürfen, um ihre Aufgaben als zweites politisches Zentrum zum Wohl der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen zu können. An dieser Stelle werden dazu folgende Gesichtspunkte eingebracht:

1. Die Bundesstadt Bonn macht darauf aufmerksam, dass die im Berlin/Bonn-Gesetz getroffenen Vereinbarungen seitens des Bundes derzeit nicht alle eingehalten werden. Sie unterstützt Verwaltungsreformen des Bundes auf der Grundlage der im Berlin/Bonn-Gesetz geregelten fairen Arbeitsteilung und unter dem Aspekt der Sicherung von Arbeitsplätzen. Sie hält eine in diesem Sinne moderierte Gesprächsrunde zwischen Bund, Land und der Region für notwendig. Dabei ist eine vertraglich zu regelnde neue Bewertung des Berlin/Bonn-Gesetzes zu diskutieren, bei der die Rolle der Stadt Bonn als zweites politisches Zentrum und internationale Stadt dauerhaft gesichert wird.
2. Als deutsche UNO-Stadt wird Bonn auch zukünftig wichtige internationale Aufgaben für die Bundesrepublik Deutschland übernehmen. Dazu gehört insbesondere die Diskussion von Zukunftsthemen mit globaler Bedeutung aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Wissenschaft, Ernährung und Gesundheit. Bonn kann sich unter diesen Rahmenbedingungen und mit ministerieller Unterstützung, insbesondere des BMZ, für die Bundesrepublik Deutschland als Diskurs- und Lernort für globale Zukunftsfragen weiterentwickeln und damit der gestiegenen internationalen Verantwortung Deutschlands Rechnung tragen.
 - 2.1. Dazu bedarf es des Willens der Bundesregierung, diesen Diskurs- und Lernort durch weitere Ansiedlungen, die zum Themenportfolio passen, aus dem UNO-, völkerrechtlichen, NGO- oder Wissenschaftsbereich, gezielt zu stärken. Darüber hinaus kann die Bundesregierung durch Akquise und Förderung von UNO- und anderen internationalen Konferenzen und der Durchführung von eigenen Veranstaltungen maßgeblich zum Ausbau dieses

Themenportfolios in Bonn beitragen; der Diskurs- und Lernort Bonn sollte in diesem Zusammenhang auch systematisch für die strategische Weiterentwicklung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) genutzt werden. Neue Ansätze der transdisziplinären Zusammenarbeit in Konferenzen, Summer Schools und Graduiertenkollegs sollten ebenfalls am Standort Bonn in besonderer Weise gefördert und finanziell unterstützt werden.

- 2.2. Der Sitz zahlreicher, den Bundesministerien direkt unterstehender Behörden und sonstigen Institutionen in Bonn, wie z.B. der GIZ, hat vor dem Hintergrund der Aufteilung von politischen Funktionen und Verwaltungsfunktionen in der Bundeshauptstadt Berlin und in der Bundesstadt Bonn besondere Bedeutung.
 - 2.3. Vor dem Hintergrund der Strukturveränderungen im Bundesverteidigungsministerium kann Bonn mit seiner Nähe zu Brüssel eine neue Rolle bei der Weiterentwicklung gemeinsamer europäischer Bemühungen zur Friedenssicherung einnehmen.
 - 2.4. Der deutsche UNO-Standort Bonn sollte durch höhere freiwillige Leistungen des Bundes für die Ausrichtung von Konferenzen in Bonn, sowie durch bereitwillige finanzielle Beiträge und erleichterte Gewährung von Privilegien bei der Ansiedlung von neuen UN- und internationalen Regierungsorganisationen gefestigt werden. Darüber hinaus würde eine vollwertige ständige Vertretung des Auswärtigen Amtes gegenüber der UNO den Standort aufwerten.
 - 2.5. Die Bemühungen zur weiteren Ansiedlung von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die das Bonner Kompetenzfeld arrondieren, müssen fortgesetzt werden. Sinnvoll ist in diesem Zusammenhang die räumliche Bündelung von thematisch verwandten NGOs, zum Beispiel in einem „Haus der Neuen Energien“ oder in einem „Ökohaus der Zertifizierungsorganisationen“ (Fairtrade Labelling Organisation u.a.).
 - 2.6. Zur organisatorischen Unterstützung sind Liegenschaften des Bundes für diese Zwecke zu sichern.
3. Die vorhandenen und neu aufgebauten Potenziale in „Wissenschaft und Forschung“ bieten in der „Stadt des Wissens“ hervorragende Ansatzpunkte für nationale und internationale Dienstleistungen, die von Bonn ausgehen können, da vor Ort zahlreiche national und international bedeutende Wissenschaftseinrichtungen und -organisationen sowie eine besonders hohe Zahl von Hochqualifizierten als Potenziale vorhanden sind.
 - 3.1. Spitzenforschung wird in zunehmender Weise thematisch zu bündeln sein. Ein gutes Beispiel dafür ist der vernetzte Aufbau im Forschungsbereich der Neurowissenschaften, in dem u.a. das Forschungszentrum caesar, die Technologieplattform „LIFE&BRAIN“ und das erst kürzlich gegründete „Deutsche Zentrum für die Erforschung Neurodegenerativer Erkrankungen (DZNE) mit Hauptsitz auf dem Gelände des Universitätsklinikums Bonn zusammenarbeiten. In der Region finden sich zudem Ansprechpartner aus der anwendungsbezogenen Forschung.
 - 3.2. Die Vernetzungen von Wissenschaft und Wirtschaft sollten regional, national und international weiter forciert werden. Zur Ergänzung spezifischer thematischer Kernbereiche kann das Profil Bonns als internationale Wissenschaftsstadt durch die Ansiedlung weiterer öffentlicher Forschungseinrichtungen gestärkt werden.

- 3.3. Entsprechend gilt es, eine langfristige Sicherung des Standortes für international tätige Einrichtungen der Wissenschaft, der Forschung und der Förderung zu gewährleisten; so kann Bonn, bei Bereitstellung entsprechender Finanzmittel, seine bundesweite Bedeutung als Zentrum der Forschungsverwaltung stärken.
- 3.4. Die Stadt Bonn unterstützt nachdrücklich die von der Universität Bonn federführend gestaltete Gründung des Forums „Internationaler Wissenschaftsstandort Bonn“. Hier werden die in der Region als Alleinstellungsmerkmale vorhandenen Potentiale systematisch vernetzt. Mit seiner Netzwerkstruktur stellt das Forum die Bereiche Demokratieforschung (Strukturen und Weiterentwicklung moderner demokratischer Gesellschaften), Entwicklungsforschung (Nachhaltige Entwicklung und Risikomanagement in der internationalen Zusammenarbeit) und Wissenschaftsforschung (Analyse und Bewertung nationaler und globaler Wissenschaftsentwicklung) in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Anzustreben ist eine nachhaltige Unterstützung dieses Projekts durch Bund und Land.
4. Bonn hat aufgrund der weltweiten technologischen Branchenentwicklungen, die von den Bonner Unternehmen (z.B. Großkonzerne, „Hidden Champions“, aber auch viele kleine und mittlere Betriebe) erfolgreich genutzt worden sind, zahlreiche Kompetenzen entwickeln können. Es ist daher sinnvoll, Ansiedlungen in Bonn zu unterstützen, die insbesondere in den strategisch wichtigen „Clusterthemen“ Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Gesundheit, Forschung und Entwicklung, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit das Innovationspotenzial der Stadt nachhaltig steigern (z.B. im Bereich der Medizintechnik). Grundsätzlich ist beim Umbau der physischen Stadtstrukturen und der räumlichen Weiterentwicklung auf städtebauliche Qualitäten zu achten, wie sie beispielsweise im Bundesviertel oder am Bonner Bogen umgesetzt wurden.
 - 4.1. Vor allem die unternehmerischen Potenziale in den zukünftigen Wachstumsbranchen IKT, Logistik und unternehmensorientierte Dienstleistungen (z.B. Unternehmensberatung) müssen weiter unterstützt werden, beispielsweise durch die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Es gilt demnach, wirtschaftliche Kompetenzfelder weiter zu entwickeln, wie z.B. den Ausbau der Gesundheitswirtschaft durch Unternehmensansiedlungen im Bereich Medizinsoftware und Medizintechnik, da auf diese Weise in Ergänzung der bestehenden Forschungseinrichtungen Arbeitsplätze im privatwirtschaftlichen Bereich geschaffen werden können.
 - 4.2. Entsprechendes gilt für den Aufbau neuer Zukunftsbranchen, z.B. im Bereich der Sicherheitsbranche, wo öffentliche Einrichtungen wie die Fraunhofer Institute der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) ihre Vernetzungen mit der UNO und Privatunternehmen stärken können. Bei der Lösung der hier rasch auftretenden Flächenproblematik müssen Bund, Land und Kommune eng kooperieren.
 - 4.3. Der Medienstandort Bonn und die Medien- und IT-Wirtschaft am Standort könnten insgesamt auch in Sinne einer Stärkung des internationalen Profils der Stadt durch eine Konzentration der Deutschen Welle in Bonn gestärkt werden. Die Deutsche Welle mit ihrem Auftrag als Auslandssender passt ideal zur Rolle Bonns als Bundesstadt. Die baulichen Möglichkeiten zur Erweiterung bestehen. Organisatorische Umstrukturierungen zwischen Radio und Fernsehen könnten an einem Ort einfacher reguliert werden.

5. Die gemeinsame Ausrichtung der europäischen Bildungspolitik durch den europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) wird in den nächsten Dekaden die grenzüberschreitende Mobilität von Beschäftigten und Lernenden und deren lebenslanges Lernen befördern. Es ist absehbar, dass die verschiedenen „nationalen Qualifikationsrahmen“ auf einen gemeinsamen europäischen Referenzrahmen zu beziehen sein werden. Die in Bonn ansässigen Einrichtungen (Bundesinstitut für Berufsbildung, Kultusministerkonferenz) können hier federführend arbeiten.
6. Bei der Weiterentwicklung der Städtelandschaft Bonns spielen die Förderung von Kultur und Tourismus, wie im Berlin/Bonn-Gesetz ausdrücklich hervorgehoben, eine besondere Rolle. Das zweite politische Zentrum Deutschlands bedarf mit seinen vielen internationalen Gästen in ähnlicher Weise wie Berlin der Unterstützung des Bundes bei der Kulturarbeit.
 - 6.1. Die Weiterentwicklung zur „Beethovenstadt“ geht einher mit der nationalen wie internationalen Aufgabe das Werk Ludwig van Beethovens weltweit zu fördern. Dies sollte auf der Grundlage eines abgestimmten Konzeptes auch durch langfristige Mittelzuweisung des Bundes abgesichert werden.
 - 6.2. Die vom Bund vorzunehmende langfristige Absicherung der Museumseinrichtungen mit nationaler Bedeutung (Haus der Geschichte, Bundeskunsthalle) sowie eine Unterstützung des Bundes bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Besucherbetreuung von Bonn als „Wiege der Deutschen Demokratie“ mit dem Haus der Geschichte als Mittelpunkt, sowie als deutsche Stadt der Vereinten Nationen, würde den Ausbau einer besonderen Sparte des Tourismus fördern, der im Sinne der staatsbürgerlichen Bildung besonders für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv gemacht werden sollte.

III. Investitionen in die Zukunft und kommunale Haushaltsverantwortung

Aus kommunaler Perspektive ist die Gesamtentwicklung der Stadt derzeit entscheidend durch die Haltung geprägt, Investitionen schwerpunktmäßig in den Bereichen Kinder, Jugend, Familie und Bildung vorzunehmen, um den Ausbau der Plätze in Kindertagesstätten, Kindergärten und Ganztagschulen voranzutreiben und gute Voraussetzungen in den Bildungseinrichtungen zu schaffen bzw. zu erhalten. Weitergehende Initiativen und Maßnahmen sind grundsätzlich unter den gegebenen Haushaltsrestriktionen zu betrachten; schließlich ist für die Bundesstadt Bonn die Konsolidierung ihres Haushaltes eine zentrale Aufgabe.

Dabei hat die Stadt eine Ausgangssituation, die sich von der anderer Kommunen deutlich unterscheidet: In den Jahrzehnten, in denen Bonn die Hauptstadtfunction wahrnahm, wurde eine „hauptstädtische“ Infrastruktur (z. B. ÖPNV, Kultur) aufgebaut. Dies war nur möglich, da sich der Bund über die sog. „Bonn-Vereinbarung“ in der Vergangenheit maßgeblich an deren Aufbau und Betrieb finanziell beteiligt hat. Im Berlin/Bonn-Gesetz wurde festgelegt, dass die Region Bonn ca. 1,4 Milliarden Euro erhält; diese Mittel sind zwischen 1994 und 2004 in 90 Ausgleichsprojekte und weitere 210 Einzelmaßnahmen investiert worden.

In der Folge der in 1991 beschlossenen Aufgabenteilung zwischen der Hauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn ist die sog. „Bonn-Vereinbarung“ mit Übergangsregelungen ausgelaufen, mit dem Ergebnis, dass der Betrieb der für eine Stadt vergleichbarer Einwohnerzahl „überdimensionierten“ Infrastruktur, nunmehr alleine durch die Bundesstadt Bonn zu finanzieren ist, was eine erhebliche finanzielle Belastung für den städtischen Haushalt darstellt. Aufbau und Unterhalt dieser „hauptstädtischen“ Infrastruktur haben mit zur Bonner Verschuldung i. H. v. 1.433,5 Mio. EUR beigetragen und sind mit ursächlich für die jährlichen Haushaltsdefizite von rd. 40 – 60 Mio. EUR.

Zurzeit schafft es die Bundesstadt Bonn mittelfristig nicht, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt (Ertrag = Aufwand) zu erreichen. In den nächsten Jahren wird es der Bundesstadt Bonn nur mit dem Einsatz von städtischen Vermögen gelingen, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Außerdem wird die Genehmigungsfähigkeit derzeit in erster Linie damit erreicht, dass alle Bürger der Stadt mit erheblichen zusätzlichen Steuern und Abgaben belastet werden. Die schlechte Finanzsituation führt dazu, dass Bonn bei Städterankings, die die finanziellen Eckdaten mit einbeziehen, seine sonst sehr gute Position verliert. Diese negative Entwicklung muss so schnell wie möglich umgekehrt werden.

Damit die Bundesstadt Bonn ihre „Zukunft Bonn“ selbst gestalten kann, gilt es, spätestens in 10 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen und die städtische Verschuldung in einem ersten Schritt zu begrenzen und mittelfristig zu reduzieren. Hierdurch wird es dann möglich, Steuer- und Gebührensätze auf einem angemessenen Niveau festzuschreiben und nachhaltig den Haushalt auszugleichen. Dazu müssen alle Maßnahmen in eine Prioritätenrangfolge gebracht werden, wobei der Unterhaltung des bestehenden Vermögens ein hoher Rang eingeräumt werden muss. Zusätzlich ist es erforderlich, dass Bund und Land weitere Schritte unternehmen, um die Kommunen bei den von ihnen zu erfüllenden Aufgaben finanziell zu entlasten.

Die – aus heutiger Sicht – sehr ambitionierte, zur Vermeidung des „Nothaushaltes“ und Eingriffen durch die Aufsichtsbehörde aber notwendige, Haushaltskonsolidierung führt letztlich auch zur intergenerativen Gerechtigkeit, wonach jede Generation verantwortlich mit dem ihr anvertrauten Vermögen umgeht und es für nachfolgende Generationen erhält.

Vor diesem Hintergrund sind kommunale Maßnahmen auf ihre Finanzierbarkeit zu überprüfen und auf die Eingliederung in ein städtisches Gesamtkonzept ist in besonderer Weise zu achten. Dazu wird in den kommenden Monaten von der eingerichteten Arbeitsgruppe eine detaillierte Übersicht erstellt und dem Rat der Bundesstadt Bonn zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet. Folgende beispielhafte Ansatzpunkte und Maßnahmen der Bundesstadt Bonn werden dabei eine zentrale Bedeutung im Sinne von Leitbegriffen erlangen:

- Ausweitung des Dienstleistungs- und Bildungsangebots, beginnend mit **Kindergartenplätzen** im U3-Bereich bis hin zur weiteren Etablierung öffentlicher internationaler **Ganztags-schulen** und an öffentlichen Schulen erreichbarer internationaler Abschlüsse.
- Ständige Fortentwicklung und Umsetzung des bildungs- und behindertenpolitischen Teilhabepplans auf dem Weg zu „**Bonn inklusiv**“.
- Fortsetzung und Intensivierung der Gesprächskreise und Netzwerke beim **Aufbau der internationalen Stadt Bonn** (z.B. „Rat der Religionen“).

- Fortsetzung und Intensivierung der weiteren Entwicklung Bonns als **nachhaltige Stadt** (Klima, Biodiversität, umweltfreundliche Beschaffung usw.).
- **Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements** und Förderung des Ehrenamtes.
- Zukunftsgerichtete **Förderung des Sports** auf der Grundlage einer Sportentwicklungsplanung und Bewirtschaftung der Sporteinrichtungen. Zur Bewirtschaftung der Bäder wird die Bundesstadt Bonn 2012 ein Konzept vorlegen.
- Schrittweise Umsetzung des in Arbeit befindlichen **Kulturentwicklungskonzepts** der Stadt Bonn.
- Vorbereitung und Umsetzung eines interdisziplinär ausgerichteten Kulturkonzepts aus Anlass des **250. Geburtstages Ludwig van Beethovens** im Jahr 2020, in dem es gelingt, Bonn als Beethovenstadt international und nachhaltig zu etablieren. Dazu gehört auch die Schaffung einer Konzertspielstätte von internationalem Rang.
- Umsetzung des „**Masterplans Innere Stadt**“ mit einer Aufwertung der Innenstadt (Ausweitung der Fußgängerzone) und der Rheinpromenade.
- Sicherstellung einer sozial ausgewogenen **Wohnraumversorgung** und Bereitstellung von Flächen bzw. Infrastruktur für Wohnbebauung.
- Schrittweise Umsetzung der Planungen aus dem **Verkehrsentwicklungsplan 2020**.
- Verstärkte **Kooperation mit Partnern**, um in der „Metropolregion Rheinland“ zukunftsweisende thematische Netzwerke zu fördern und den zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken. Dazu gehören beispielsweise die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer sowie die Hochschulen der Region.
- Sicherung der **Rahmenbedingungen für Dienstleistungsunternehmen und Betrieben des produzierenden Gewerbes**. Dazu gehört beispielsweise ein ausreichendes Angebot an Büro- und Gewerbeflächen, um Schaffung und Erhalt von struktur- und zukunftssicheren Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu fördern.